



Straßburg, 20. Oktober 2010

Inge Gräßle (EVP/CDU):

Europas Steuerzahler bekommen mehr Transparenz in der Außenpolitik

EP legt strenge Finanzregeln für Europäischen Auswärtigen Dienst fest

Die Verwendung von EU-Geldern durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) wird strengen Vorschriften und einer umfassenden Kontrolle unterliegen. Dazu legte das Europäische Parlament heute mit breiter Mehrheit die Haushaltsordnung des neuen EU-Außenamts fest. Diese gibt die Regeln vor, nach denen die EU-Delegationen in Drittstaaten - also die Botschaften der Europäischen Union - EU-Gelder ausgeben dürfen.

"Das Europäische Parlament hat klare Regeln vorgegeben um festzulegen, wer für die Gelder verantwortlich ist und um eine lückenlose Kontrolle der Ausgaben zu gewährleisten", betonte die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle (CDU). Um Kompetenzkonflikte zu vermeiden, sollen die Leiter der EU-Delegationen auch die Auszahlung von Geldern übernehmen können, die eigentlich der EU-Kommission unterstehen. Im Falle finanzieller Unregelmäßigkeiten müssen sie sich an einen Sonderausschuss wenden. Alle Ausgaben sollen regelmäßig durch den internen Rechnungsprüfer der EU-Kommission durchleuchtet werden.

Zudem setzten die Europaabgeordneten durch, dass der EAD dem Europäischen Parlament über seine Ausgaben detailliert Bericht erstattet. Dazu gehört eine jährliche Liste über die Verwaltungsausgaben der Behörde einschließlich aller Personalstellen. "Die Diplomaten in den EU-Vertretungen müssen jedes Jahr aufzeigen, wie viel Geld sie ausgeben und wie hoch ihre Verwaltungsausgaben sind. Der Steuerzahler bekommt mehr Transparenz in der EU-Außenpolitik", so Gräßle.

Allerdings forderte Gräßle EU-Kommission und Mitgliedstaaten zu Einsparungen auf, sobald der EAD seine Arbeit aufgenommen hat. "Die Außenvertretung der EU muss komplett beim EAD konzentriert werden. Kommission und Rat dürfen keine Nebenaußenpolitik betreiben. Die bisher angestrebten Einsparungen von 10 Prozent sind dabei zu wenig".

Für weitere Informationen

Büro Inge Gräßle MdEP: Tel. +32 228 47868

EVP-Pressestelle, Lasse Böhm, Tel. +32 484 656 897